



## **Protokoll der Mitgliederversammlung vom 20. Januar 2015**

---

Ort: Brasserie Lipp, Salle Montparnasse  
Anwesend: 49 Mitglieder  
Sitzungsleitung: Marionna Schlatter  
Gäste: Thomas Weibel, Nationalrat glp  
Protokoll: Ulla Blume

---

### **1. Begrüssung**

Marionna begrüsst die Anwesenden und freut sich, dass so viele gekommen sind.

---

### **2. Wahl der Stimmzählenden**

Niemand wird als Stimmzähler gewählt.

---

### **3. Traktanden**

Die Traktandenliste wird mit folgender Präzisierung genehmigt: Heute wird nicht nur über die Parolen informiert, sondern sie werden beschlossen (die Traktandenliste war etwas widersprüchlich formuliert).

---

### **4. Protokolle der MV vom 23. Oktober 2014 und der ausserordentlichen MV vom 8. Dezember 2014**

Die Protokolle werden ohne Korrekturen genehmigt und verdankt.

---

### **5. Mitteilungen**

#### **• Partei und Vorstand (Marionna Schlatter)**

Wir sehr intensiv an den Wahlvorbereitungen und haben unsere Wahlplattform erstellt.

- **Kantonsratsfraktion (Esther Guyer)**

Momentan sorgen Sozialhilfe-Themen für Schlagzeilen. Wir setzen uns gegen den Abbau ein und haben dazu kürzlich eine sehr interne Veranstaltung durchgeführt.

Im Kantonsrat sind wir an der Behandlung des Gemeindegesetzes, das ist eine grosse Kiste.

Auch im Kantonsrat hat der Wahlkampf schon begonnen.

- **Nationalratsfraktion (schriftlich durch Balthasar Glättli)**

Danke nochmals allen, die mich für die Lese-/Diskussionstour mit dem Buch «Die unheimlichen Ökologen» eingeladen haben. So konnten die Grünen sicher zu einer Diskussion beitragen und auch klar machen, dass Wachstumskritik durchaus wichtig ist und zu den Grünen gehört.

Die Debatte zur Energiestrategie 2050 und zum Atomausstieg dominierte die Wintersession. Ebenso wichtig wie die Förderung der Erneuerbaren Energien sind die Effizienzziele. Damit wäre der Atomausstieg möglich. Doch genau hier versagte der Rat: die AKWs dürfen weiterlaufen. Sogar länger als vor Fukushima geplant!

Als die Grünen nach Fukushima ihre Atom-Ausstiegsinitiative lancierten, fanden viele dies überflüssig. Der Atomausstieg sei ja faktisch beschlossene Sache! Tatsächlich machten die Kandidaten auch entsprechende Versprechen. Auf eine Smartvote-Umfrage, ob sie alle AKW bis 2034 vom Netz nehmen wollten, unterstützten 112 der aktuellen Nationalratsmitglieder, also eine absolute Mehrheit, den Atomausstieg klar. Weitere 25 beantworteten die Frage mit «eher Ja». Das war vor den Wahlen. Nun wurden mit der Energiestrategie 2050 genau die notwendigen Voraussetzungen für den Atomausstieg geschaffen. Dennoch lehnte der Nationalrat nun begrenzte Laufzeiten für AKW (sowohl 45 als auch 50 Jahre) ab. Er lässt auch zu, dass AKW-Betreiber Schadenersatz verlangen können, wenn sie ihre alten Atom-Meiler ausser Betrieb nehmen müssen und lehnte sogar das ENSI Konzept für steigende Sicherheitsnormen ab. Dabei waren die AKW nur für Laufzeiten zwischen 30 und 40 Jahren geplant – und die Atombarone selbst hatten vor Fukushima ihre Forderung nach neuen AKWs immer mit den Sicherheitsproblemen der alten Meiler begründet. Man sieht: Die Grünen braucht es!! Wir sind die konsequenteste AKW-Ausstiegs-Partei.

Ebenso brachten wir in der Wintersession wenigstens einen sanften Gegenvorschlag zu unserer Initiative für eine Grüne Wirtschaft durch den Ständerat – trotz massivem Gegenlobbying von economie suisse.

Zur kommenden Märzsession: Nach den Anschlägen in Paris wird die Diskussion des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) noch schwieriger zu führen sein. Wir sind uns bei den Grünen aber einig: Die Terroristen haben dann gewonnen, wenn wir uns von Ihnen das neue NDG diktieren lassen! Eine absolute Sicherheit gibt es nicht - und abgesehen davon hatte der franz. Geheimdienst alle die Kompetenzen, die nun für unseren gefordert werden, und noch darüber hinaus. Leider ist die Politik oft in Versuchung, Scheinaktivitäten zu entwickeln, damit der Eindruck vermieden werden kann, sie könnte nichts tun. Härter werden könnte dagegen in der Fraktion die Diskussion ums Büpf, wo es um die richterlich angeordneten Überwachungsmassnahmen im Rahmen der normalen Strafverfolgung geht. Bisher hat Daniel Vischer hier auch eine sehr grundrechtsorientierte Linie verfolgt, wir zwei werden dies auch in der Fraktion weiter so vertreten.

Zur Lage: Die Situation vor den Herbstwahlen hat sich mit den Attentaten in Frankreich und der Aufhebung der Mindestgrenze verschoben. Vorher dachte man die Umsetzung MEI und Bezug Schweiz EU seien Hauptthema. Nun wird wohl auch die Frage

Wirtschaftskrise – Reaktionen der CH darauf wichtig sein. Einerseits Massnahmen gegen Währungsspekulationen (wir grünen haben unsere alte Forderung nach Tobinsteuer wiederholt), andererseits Frage nach Unterstützung. Die Gegner der Energiewende werden sagen, nun können wir uns das nicht auch noch leisten - die Grünen werden eher wieder Richtung Green New Deal argumentieren: Umweltschutz und Energiewende schaffen neue Arbeitsplätze mit Zukunft. Angesichts erwartbarer kleinerer sozialer Verwerfungen, Arbeitsplatzverluste etc. wird die ganze Wachstumskritik bei der Mehrheit der Leute in den Hintergrund treten. Was nicht heisst, dass wir nicht als Grüne weiter einen sozialen und ökologischen Umbau fördern müssen – der eben gerade alle in Arbeit und Brot setzt auch ohne ständiges Wirtschaftswachstum.

- **Junge Grüne (Thomas McAlavay)**

Die Jungen Grünen haben beschlossen, die RR-Kandidaturen von Martin Graf, Jacqueline Fehr und Markus Bischoff zu unterstützen. Und Elena Marti für die NR-Liste nominiert.

---

## **6. Abstimmungen 8. März 2015**

- **Kantonale Abstimmungsvorlagen**

Für den 8. März gibt es keine kantonalen Vorlagen.

- **Nationale Abstimmungsvorlagen**

Die Parolen zu den eidgenössischen Vorlagen wurden von der Delegiertenversammlung der Grünen Schweiz gefasst.

Volksinitiative Energie- statt Mehrwertsteuer: **JA-Parole**

Volksinitiative «Familien-Initiative»: **NEIN-Parole**

## **7. Varia/Diverse Anfragen**

Thomas Wüthrich: Am 8. März 2015 wird in Uster über einen Zweckverband Spital Uster abgestimmt, die Grünen sind im 2x Nein-Komitee, das eine Privatisierung verhindern will.

Katharina Prelicz-Huber: Aktuell laufen Verhandlungen zum sogenannten TISA-Abkommen: Die Schweiz ist dabei, ziemlich im Geheimen. Die Grüne GR-Fraktion in Zürich wird Vorstösse für eine TISA-freie Stadt Zürich einreichen. Andere Grüne Sektionen sind eingeladen, sich anzuschliessen.

Marionna: Nicht vergessen: Fairfood-Unterschriften sammeln! Wir müssen den Wahlkampf insgesamt für Sammelaktivitäten nutzen. Die Initiative sammelt sich ausgezeichnet und zwar nicht nur in der Stadt sondern auch auf dem Land.

---

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 19:50 Uhr

## ENERGIE STATT MEHRWERTSTEUER

Thomas Weibel, NR glp

### Präsentation



### Ziele

- Dem Klimawandel aktiv und wirksam entgegenzutreten
- Die Energiewende wirtschaftsfreundlich umsetzen
- Den Atomausstieg sichern
- Energie-Auslandsabhängigkeit reduzieren (heute 80%)

### Energie- statt Mehrwertsteuer

- Bürokratische Mehrwertsteuer abschaffen
- Steuer auf dem Import nicht-erneuerbarer Energie (Öl, Gas, Uran, Kohle)
- Staatseinnahmen und –ausgaben bleiben gleich

### Lenkung des Energiekonsums

- Erneuerbare Energien werden konkurrenzfähiger
- Stärkt Schweizer Innovationen und Investitionen in erneuerbare Energien
- Schafft Arbeitsplätze in der Schweiz

### Wirtschaftsfreundlich

- Anstatt produktive Arbeit und Mehrwert wird der Ressourcenverbrauch besteuert
- Anreiz den Energieverbrauch zu senken

### Einfache Erhebung der Steuer

- Die Energiesteuer wird einfach und effizient beim Import von Öl, Gas, Kohle und Uran erhoben

- Die Mehrwertsteuer-Verwaltung von 1.5 Milliarden Franken entfällt

#### Für die Schweiz

- Milliarden von Franken in die Schweiz investieren statt in im Ausland zu verschwenden
- Für über 300'000 KMU und die Verwaltung entfällt die mühsame MWST-Bürokratie

#### Sichere Staatsfinanzen

- Der Steuersatz wird periodisch angepasst und erwirtschaftet einen festen Prozentsatz des Bruttoinlandproduktes (BIP)
- Die Finanzierung der Sozialversicherungen (AHV, IV, Prämienverbilligungen in der Krankenversicherung) wird beibehalten

#### Schauermärchen der Gegner

- Staatseinnahmen gehen zurück → Falsch, unser Verfassungsartikel garantiert die gleichen Einnahmen
- Irgendwann können wir keine nicht-erneuerbare Energie mehr besteuern → Andere Ressourcen besteuern (erneuerbare Energie, Bodenverbrauch)
- Sozial unverträglich → Durchschnittliche Steuerbelastung bleibt gleich
- Benzin wird teurer → Dafür sparen bei jedem Autokauf (und bei jedem Einkauf) viel Geld (Wegfall MWST).
- Benzintourismus → Viel weniger schlimm als heutiger Einkaufstourismus. Unsere Initiative stärkt unseren Detailhandel!

#### Fazit

- Erneuerbare Energien stärken und den Atomausstieg ermöglichen
- Gesamte Steuereinnahmen bleiben konstant und die Sozialwerke gesichert
- Eine bürokratische Steuer wird abgeschafft
- Wirtschaftsfreundlich und sozialverträglich

#### Fragen

Wie schätzen Sie die Chancen ein?

→ Schlecht, wir sind unserer Zeit zu weit voraus. Ziel ist daher ein möglichst gutes Ergebnis, damit die Gegner das Ergebnis nicht für ihre Zwecke missbrauchen. Der Bundesrat präsentiert demnächst seine ökologische Steuerreform, schade gab das keinen Gegenvorschlag.

Röbi Brunner: Die Initiative wird auch zur Folge haben, dass energieintensive Produktionen etc. ins Ausland verschoben wird. Das wird Arbeitsplätze kosten. Ausserdem will die Initiative den Ertrag der Mehrwertsteuer wieder reinholen, wird das nicht eher zu Mehrnutzung von fossiler Energie führen, da für diese ja die Steuern erhoben werden? Bei Wettbewerbsverzerrungen soll es Ausnahmen geben dürfen. Dann sind wir wieder so weit wie heute bei der Mehrwertsteuer. Darum sollte man Nein stimmen.

→ Verlagerung energieintensiver Sachen: Bei der Besteuerung kann auch die graue

Energie berücksichtigt werden, so kann man hier vorbeugen. Wenn weniger oder ökologischer Auto gefahren wird, müssen die Steuereinnahmen nicht sinken, sondern dann können die Steuersätze angehoben werden.

Silvia Rigoni: Soziale Unverträglichkeit: Menschen mit wenig Geld werden bestraft, z.B. mit der Heizkostenabrechnung etc.

→ Gibt Anreiz für z.B. bessere Heizanlagen, von denen mittelfristig dann auch die MieterInnen profitieren.

Rico Croci: Bekommt man die Energiesteuer zurück, wenn man exportiert? → Ja.

Röbi Brunner: Es ist total unrealistisch, die graue Energie zu ermitteln.

## **STARTSCHUSS WAHLEN**

### **Wahlziele**

Wir wollen den Regierungsratssitz von Martin Graf behalten. Mit unserem bisherigen Regierungsrat stellen wir einen profilierten, breit wählbaren Kandidaten.

Für den Kantonsrat haben wir uns einen Zuwachs von zwei Sitzen (ca. 12 Wählerprozent) zum Ziel gesetzt. Die heutigen Mehrheitsverhältnisse im Kantonsrat und die daraus resultierenden Entscheide rufen nach einem stärkeren Einfluss der Grünen!

### Erfolgreiche Legislatur

Während der letzten Legislatur konnten wir im Kanton Zürich diverse Erfolge verbuchen, allen voran die Kulturlandinitiative im Jahr 2012. Auch die Richtplandebatte im Kantonsrat hat gezeigt, dass die Grünen bei der Raumplanung wichtige Player sind. Der Bundesgerichtsentscheid in Sachen Kulturlandinitiative ist noch ausstehend, wird aber vor den Wahlen erwartet. Auch bei der PBG-Änderung zu den kommunalen Energiezonen Anfang 2014 konnten die Grünen einen Erfolg feiern. Damit haben die Grünen es geschafft, Ihre Anliegen mehrheitsfähig zu machen. Weitere Erfolge brachten die Steuervorlagen zur Grundstückgewinnsteuer und Unternehmenssteuersenkung. Beide bestätigten die Grüne Steuerpolitik der ruhigen Hand.

### National gut vernetzt

Die nationale Politik ist oft mitentscheidend für einen kantonalen Wahlerfolg. Seit 2011 haben die Grünen eine neue nationale Parteileitung mit Ausstrahlung gewählt, die Grünen Kanton Zürich stellen mit Bastien Girod und Luca Maggi zwei Vizepräsidenten. Mit den beiden Initiativen zum Automausstieg und zur Grünen Wirtschaft wurden erfolgreich Themen gesetzt. Bei der Energiestrategie 2050 konnten sich die Grünen als UmweltexpertInnen beweisen. Balthasar Glättli konnte nach seiner sensationellen Wahl in den Nationalrat einen weiteren Erfolg feiern: Er wurde 2013 zum Fraktionspräsidenten gewählt. Die Grünen Kanton Zürich können stolz darauf sein, drei der profiliertesten Nationalräte schweizweit zu stellen.

Nicht vorhersehbar ist die «Grosswetterlage», das sehen wir jetzt gerade mit der Diskussionen um die Frankenstärke. Wir sind aber gut gewappnet.

### **Neuer Grüner Auftritt – schweizweit**

Zum ersten Mal in der Geschichte der Grünen Schweiz wird die Partei mit einem einheitlichen Auftritt in die Wahlen gehen. Das ist eine grosse Errungenschaft für eine föderalistisch gewachsene Partei wie uns! Damit können die Grünen endlich zeigen, dass sich die föderalistisch gewachsene Partei professionalisiert und alle am gleichen Strick ziehen. Das neue Kleid der Grünen ist unkonventionell, authentisch und gewinnend. Genau wie die Grünen.

### Beispiele:





Listensujet



Gruppenbild



Inserat





Portrait-Fotos



Flyer



## **THEMEN**

Unser Slogan: **Besser statt mehr** = Wachstumskritik: Qualität vor Quantität

Wir haben schon viel erreicht, und zwar mit unserer beharrlichen Arbeit. In unserer Wahlplattform gibt es zu jedem Thema eine Vision – wir hatten immer Visionen, ohne Grüne Visionen gäbe es heute z.B. keine Abfalltrennung.

Beispiele:

- Atomenergie: Forderung nach Erneuerung des NOK-Vertrags, dafür haben wir uns mit den Grünen der anderen Axi-Kantone zusammengetan.
- Fracking: Wir sind die einzige Partei, die sich zu dem Thema überhaupt geäußert hat. In unseren Nachbarländern stehen sogar die bürgerlichen Parteien hinter einem Frackingverbot.
- Verkehr: Wir müssen auch beim öV-Ausbau massvoll sein.
- Zersiedelung/Kulturland: Hier sind wir schon sehr erfolgreich, das Thema ist schweizweit aufgenommen worden, denn das Zersiedelungsproblem berührt die Menschen.
- Gemeinnütziger Wohnbau: Wir haben hier schon Erfolge in den Städten zu verbuchen, nun muss es auch auf dem Land vorwärts gehen.
- Staat und Gemeinden: Wir machen uns stark für ein Jugendparlament im Kanton.
- Bildung: Wir haben in der letzten Legislatur versucht, die Gymiprüfung abzuschaffen, für mehr Chancengerechtigkeit. Noch ist unser Anliegen nicht mehrheitsfähig, auch hier müssen wir beharrlich dran bleiben.
- Grundrechte: Im Kanton Zürich sind wir auch hier die einzige Partei, die sich für Grundrechte bzw. gegen deren Einschränkung einsetzt. Mit den Pariser Anschlägen werden diese Diskussionen noch härter für uns werden.

Gäste sind an den Fraktionssitzungen willkommen.

## **UNSER WAHLKAMPF**

Nichts ersetzt den Kontakt zu den Menschen auf der Strasse. Wir wollen nah bei den Leuten sein und wir müssen nah bei den Leuten sein.

**In diesem Sinne – auf in den Wahlkampf!**